

# Inhaltsübersicht

<b>Vorwort</b> .....	VII
<b>Inhalt</b> .....	XI
<b>§ 1 Einleitung</b> .....	1
A. Problemaufriss und Untersuchungsziel .....	1
B. Rechtstatsächlicher Hintergrund der Forschungsfrage .....	5
C. Untersuchungsprogramm .....	8
<b>§ 2 Rechtfertigung privatrechtlicher Gleichbehandlungspflichten</b> .....	11
A. Gleichbehandlungspflichten im Verfassungs- und Privatrecht .....	11
B. Schlussfolgerungen .....	23
<b>§ 3 Methodik der ökonomischen Analyse des Rechts</b> .....	25
A. Grundlagen der ökonomischen Analyse des Rechts .....	25
B. Schlussfolgerungen .....	44
<b>§ 4 Ursachen und ökonomische Folgen von Unternehmensübernahmen</b> .....	45
A. Bestandsaufnahme .....	46
B. Schlussfolgerungen .....	56
<b>§ 5 Effizienz der übernahmerechtlichen Gleichbehandlungspflicht</b> .....	57
A. Verhinderung von Marktversagen bei Übernahmen als Hauptzweck von § 3 Abs. 1 WpÜG .....	57
B. Schlussfolgerungen .....	92
C. Faire Angebotsbedingungen als Unterzweck von § 3 Abs. 1 WpÜG .....	93
D. Schlussfolgerungen .....	103
<b>§ 6 Tiefenanalyse von § 3 Abs. 1 WpÜG</b> .....	105
A. Normengnese .....	106
B. Analyse von § 3 Abs. 1 WpÜG .....	115
C. Vergleich mit § 53a AktG: Gemeinsamkeiten und Unterschiede .....	155
D. Schlussfolgerungen .....	175
<b>§ 7 Übernahme Celesio/McKesson – Praktische Relevanz von § 3 Abs. 1 WpÜG</b> .....	177
A. Fragestellung und Gang der Darstellung .....	177
B. Rekonstruktion einer Übernahmeschlacht .....	178
C. § 31 Abs. 6 S. 1 WpÜG .....	184
D. Mindestpreisrelevanz von derivativ erworbenen Wandelschuldverschreibungen .....	205
E. Stellungnahme .....	238

## *Inhaltsübersicht*

---

F.	Schlussfolgerungen	251
<b>§ 8</b>	<b>Die mindestpreisrelevante Gegenleistung</b>	253
A.	Berechnung der mindestpreisrelevanten Gegenleistung bei § 31 Abs. 6 S. 1 WpÜG	253
B.	Stellungnahme	269
C.	Schlussfolgerungen	273
<b>§ 9</b>	<b>Schlussbetrachtung</b>	275
A.	Zusammenfassung der wesentlichen Untersuchungsergebnisse	275
B.	Ein Blick nach vorne	281
	<b>Anhang: Verzeichnis ausländischer Rechtsvorschriften</b>	283
	<b>Abkürzungen</b>	291
	<b>Literatur</b>	297
	<b>Sachregister</b>	361

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	VII
<b>Inhaltsübersicht</b> .....	IX
<b>§ 1 Einleitung</b> .....	1
<i>A. Problemaufriss und Untersuchungsziel</i> .....	1
<i>B. Rechtsstatsächlicher Hintergrund der Forschungsfrage</i> .....	5
<i>C. Untersuchungsprogramm</i> .....	8
<b>§ 2 Rechtfertigung privatrechtlicher Gleichbehandlungspflichten</b> .....	11
<i>A. Gleichbehandlungspflichten im Verfassungs- und Privatrecht</i> .....	11
I. Verfassungsrechtlicher Gleichheitssatz gemäß Art. 3 Abs. 1 GG .....	11
II. Funktion von Gleichbehandlungspflichten im Privatrecht .....	13
1. Grundsatz: Kein allgemeiner Gleichbehandlungsgrundsatz im Privatrecht .....	13
2. Mittelbare Drittwirkung des verfassungsrechtlichen Gleichheitssatzes .....	16
3. Unmittelbare Grundrechtsbindung von Privatrechtssubjekten .....	17
4. Grünberger: Gleichbehandlung als Grundsatz im Privatrecht .....	19
5. Privatrechtliche Gleichbehandlungspflichten bei Marktversagen .....	20
<i>B. Schlussfolgerungen</i> .....	23
<b>§ 3 Methodik der ökonomischen Analyse des Rechts</b> .....	25
<i>A. Grundlagen der ökonomischen Analyse des Rechts</i> .....	25
I. Positive Ökonomik .....	25
1. Grundaussagen .....	25
2. Kritik infolge verhaltensökonomischer Denkansätze .....	26
II. Normative Ökonomik .....	28
III. Integration der Ökonomischen Analyse des Rechts in den juristischen Methodenkanon .....	28
1. Fremdkörperwirkung der Ökonomischen Analyse des Rechts im deutschen Rechtssystem .....	28
2. Ökonomische Analyse des Rechts im Kapitalmarktrecht .....	29
a) Selbstverständnis der ökonomischen Analyse des Rechts und Einfluss auf die juristische Hermeneutik .....	29
b) Effizienzerwägungen im europäischen Kapitalmarktrecht .....	30
IV. Ökonomische Grundannahmen .....	32
1. Ökonomischer Effizienzbegriff .....	32
a) Pareto-Konzept .....	33
b) Kaldor-Hicks-Kriterium .....	33

2. Effizienter Marktmechanismus . . . . .	34
3. Rechtfertigung von staatlichen Eingriffen . . . . .	35
a) Coase-Theorem . . . . .	35
b) Ursachen von Marktversagen . . . . .	38
aa) Externalitäten . . . . .	38
bb) Kollektivhandlungsproblem . . . . .	39
cc) Informationsasymmetrien . . . . .	42
B. <i>Schlussfolgerungen</i> . . . . .	44
<b>§ 4 Ursachen und ökonomische Folgen von Unternehmensübernahmen</b> . . . . .	<b>45</b>
A. <i>Bestandsaufnahme</i> . . . . .	46
I. Markt für Unternehmenskontrolle . . . . .	46
II. Synergien . . . . .	47
III. Hubris hypothesis . . . . .	48
IV. Empire building . . . . .	49
V. Ausbeutung von Aktionären der Zielgesellschaft . . . . .	49
1. Looting und asset stripping . . . . .	49
2. Ausschluss der Ausbeutung aufgrund der §§ 111a ff. AktG? . . . . .	51
a) Hinreichender Schutzstandard für related party transactions . . . . .	51
b) Erforderlichkeit präventiver Schutzmechanismen des WpÜG . . . . .	52
VI. Ausnutzen eines Kollektivhandlungsproblems . . . . .	54
B. <i>Schlussfolgerungen</i> . . . . .	56
<b>§ 5 Effizienz der übernahmerechtlichen Gleichbehandlungspflicht</b> . . . . .	<b>57</b>
A. <i>Verhinderung von Marktversagen bei Übernahmen als Hauptzweck von § 3 Abs. 1 WpÜG</i> . . . . .	57
I. Marktversagen durch Informationsasymmetrien . . . . .	58
1. Informationsasymmetrien bei Unternehmensübernahmen . . . . .	58
2. Marktzusammenbruch bei Informationsasymmetrien . . . . .	58
a) Fehlender Anreiz der Aktionäre zur Informationssuche . . . . .	59
b) Fehlende Informationsbereitstellung durch den Bieter . . . . .	59
aa) Ausbeutung der Informationen durch konkurrierende Bieter . . . . .	60
bb) Ausbeutung der Informationen durch die in der Zielgesellschaft verbleibenden Minderheitsaktionäre . . . . .	61
c) Interventionistische Lösung . . . . .	62
II. Marktversagen infolge eines Kollektivhandlungsproblems . . . . .	64
1. Single owner standard – Grundlegung . . . . .	65
2. Single owner standard bei Unternehmensübernahmen . . . . .	65
3. Market standard bei Unternehmensübernahmen . . . . .	66
4. Stellungnahme . . . . .	68
a) Einfluss institutioneller Investoren . . . . .	68
b) Zwang als planmäßiges Vorgehen des Bieters . . . . .	69
5. Zwischenergebnis . . . . .	70
6. Rechtsgebietsübergreifende Betrachtung: der single owner standard im Insolvenzrecht . . . . .	70
a) Kollektivhandlungsproblem der Insolvenzgläubiger . . . . .	71

b)	Lösungsmöglichkeit: Par condicio creditorum als normierter Ausdruck des single owner standards	72
7.	Umsetzung durch das Übernahmerecht	74
a)	Übertragung auf den Vorstand	74
aa)	Vorstand als Verkaufsagent der Aktionäre	74
bb)	Fehlende Neutralität des Vorstands	75
b)	Übertragung auf die Hauptversammlung	78
aa)	Gesetz zur Regelung von Unternehmensübernahmen	78
bb)	Fortschreibung durch Ziff. 3.7 Abs. 3 DCGK/Anregung A.5 DCGK	79
cc)	Bewertung des Gesetzesentwurfs	81
dd)	Virtuelle Abstimmung als mögliche Abhilfe des Kollektivhandlungsproblems?	83
ee)	Rechtsvergleichender Seitenblick	85
(1)	Control Share Acquisition Act	85
(2)	Vergleich mit Unternehmensübernahmen in Deutschland	86
c)	Das Konzept der Billigung oder Missbilligung von Übernahmeangeboten	87
aa)	US-amerikanischer Vorschlag	87
bb)	Umsetzung durch das WpÜG	89
III.	Negative Externalitäten	90
IV.	Vereitelt der single owner standard effiziente Übernahmen?	91
<i>B.</i>	<i>Schlussfolgerungen</i>	92
<i>C.</i>	<i>Faire Angebotsbedingungen als Unterzweck von § 3 Abs. 1 WpÜG</i>	93
I.	Bestimmbarkeit von Fairnesspräferenzen	94
II.	Experimentelle Absicherung	95
1.	Ultimatum-Spiel	95
2.	Öffentliche-Gut-Spiel	97
III.	Fairness als Voraussetzung von Anlegervertrauen	98
IV.	Fairness bei Unternehmensübernahmen	99
V.	Fehlender Selbstzweck von fairen Angebotsbedingungen	102
<i>D.</i>	<i>Schlussfolgerungen</i>	103
<b>§ 6</b>	<b>Tiefenanalyse von § 3 Abs. 1 WpÜG</b>	105
<i>A.</i>	<i>Normengese</i>	106
I.	City Code on Takeovers and Mergers und seine Vorläufer	106
II.	Unionale Rechtsentwicklung	108
1.	Pennington-Bericht	108
2.	Rechtsentwicklung bis zum Jahr 2001	109
3.	Hochrangige Gruppe von Experten auf dem Gebiet des Gesellschaftsrechts	110
4.	Übernehmerrichtlinie von 2004	111
III.	Nationale Rechtsentwicklung	111
1.	LSÜbernahmeangebote 1979	111
2.	ÜbernKodex 1995	112
3.	Expertenkommission »Unternehmensübernahmen«	113

4. DiskE und RegE .....	113
B. Analyse von § 3 Abs. 1 WpÜG .....	115
I. Rechtsnatur von § 3 Abs. 1 WpÜG .....	116
1. Rechtsprinzipien .....	116
a) Rechtspositivismus nach Hart .....	117
b) Prinzipientheorie nach Dworkin .....	117
c) Optimierungsgebot nach Alexy .....	118
d) Schlussfolgerungen für § 3 WpÜG .....	119
2. Handhabung von Rechtsprinzipien .....	121
a) Herleitung der Gleichbehandlungspflicht .....	121
b) Konkretisierung der Gleichbehandlungspflicht .....	122
II. Funktionen .....	124
1. Funktionsweise von § 3 Abs. 1 WpÜG .....	124
a) Auslegungsfunktion .....	124
b) Fortbildungsfunktion .....	125
c) Berücksichtigung beim Verordnungserlass .....	125
d) Unmittelbare Anwendbarkeit .....	126
2. Rechtsvergleichende Absicherung .....	126
a) Österreichisches Übernahmegesetz (ÜbG) .....	126
b) City Code on Takeovers and Mergers .....	127
c) Schweizerisches Finanzmarktinfrakturgesetz (FinfraG) .....	128
3. Fazit .....	130
III. Inhaltsvermessung .....	130
1. Personeller Anwendungsbereich .....	130
a) Nur Bieter .....	130
b) BaFin, Zielgesellschaft und deren Organe .....	131
c) Stellungnahme .....	132
2. Sachlicher Anwendungsbereich .....	133
a) Gleichbehandlung innerhalb der Gattung und Emission .....	133
aa) § 3 Abs. 1 WpÜG .....	134
(1) Begriff der Gattung und Emission .....	134
(2) Gebot der preislichen Ungleichbehandlung .....	135
(a) Dogmatik von Gleichbehandlungspflichten .....	136
(b) Ökonomische Rechtfertigung .....	137
(c) Art. 3 Abs. 1 GG und Art. 20 GRCh .....	138
bb) § 3 Nr. 1 ÜbG .....	139
(1) Gleichbehandlung von Beteiligungspapieren in gleichen Verhältnissen .....	139
(2) § 26 Abs. 2 ÜbG .....	140
cc) Principle 1 des City Code on Takeovers and Mergers .....	141
dd) Art. 127 Abs. 2 FinfraG i.V.m. Art. 9 UEV .....	143
b) Inhalt des Gleichbehandlungsgrundsatzes .....	144
aa) Absolute Gleichbehandlung .....	144
bb) Relative Gleichbehandlung .....	146
cc) Stellungnahme .....	147
(1) Rechtsnatur von § 3 Abs. 1 WpÜG .....	147
(2) Ineffiziente Ergebnisse bei einer absoluten Gleichbehandlungspflicht .....	148

(3) Rechtsvergleichende Umschau . . . . .	149
(a) § 127 Abs. 2 FinfraG . . . . .	149
(b) City Code on Takeovers and Mergers . . . . .	150
c) Rechtfertigung von Ungleichbehandlungen . . . . .	151
aa) Vorüberlegungen . . . . .	151
bb) Anforderungen an die Rechtfertigungsgründe . . . . .	151
cc) Anschauungsfall: Ungleichbehandlungen von institutionellen Aktionären und Privatanlegern . . . . .	152
3. Fazit . . . . .	155
<i>C. Vergleich mit § 53a AktG: Gemeinsamkeiten und Unterschiede . . . . .</i>	155
I. Gemeinsamkeiten . . . . .	155
II. Unterschiede . . . . .	157
1. Persönlicher Anwendungsbereich . . . . .	157
a) Normadressaten . . . . .	157
b) Schutzadressaten . . . . .	158
2. Sachlicher Anwendungsbereich . . . . .	159
3. Sachliche Rechtfertigung einer Ungleichbehandlung . . . . .	161
a) Auswahl der Gründe . . . . .	161
b) Verhältnismäßigkeitsprüfung i.e.S . . . . .	162
c) Schlussfolgerungen . . . . .	165
III. Mögliche Schnittmenge in der Rechtsanwendung: Erwerb eigener Aktien . . . . .	165
1. Ausgangsbefund . . . . .	165
2. Unverbindliche Anfrage der Siemens AG . . . . .	166
3. Gesetzgeberische Reaktion . . . . .	167
4. Analyse der Entscheidung des Gesetzgebers . . . . .	168
a) Heutige herrschende Meinung . . . . .	168
b) Möglichkeit der ineffizienten Ressourcenallokation auch beim Erwerb eigener Aktien . . . . .	168
aa) Kein Marktversagen beim Erwerb eigener Aktien . . . . .	169
bb) Fehlallokationen auch beim Erwerb eigener Aktien . . . . .	169
5. Stellungnahme . . . . .	170
a) Differenzierte Betrachtung der Motivlage beim Erwerb eigener Aktien . . . . .	170
b) Unzureichende Schutzwirkung von § 53a AktG bei öffentlichen Rückkaufangeboten . . . . .	170
c) Rechtsvergleichende Absicherung: Art. 4 Abs. 2 UEV . . . . .	174
<i>D. Schlussfolgerungen . . . . .</i>	175
<b>§ 7 Übernahme Celesio/McKesson – Praktische Relevanz von § 3 Abs. 1 WpÜG . . . . .</b>	177
<i>A. Fragestellung und Gang der Darstellung . . . . .</i>	177
<i>B. Rekonstruktion einer Übernahmeschlacht . . . . .</i>	178
I. Vorgeschichte . . . . .	178
II. Bedeutung von Wandelschuldverschreibungen . . . . .	179
III. Erste Angebotsphase . . . . .	180
IV. Ereignisse nach dem gescheiterten ersten Übernahmeversuch . . . . .	181

V.	Zweite Angebotsphase	183
VI.	Auswirkungen der erfolgreichen Unternehmensübernahme	183
VII.	Gerichtliche Klärung der Angemessenheit der Gegenleistung	183
C.	§ 31 Abs. 6 S. 1 WpÜG	184
I.	Normanalyse	184
1.	Vereinbarungsbegriff des § 31 Abs. 6 S. 1 WpÜG	185
a)	Ausgangsbefund: Kaufverträge mit herausgeschobenem Erfüllungszeitpunkt und Optionsgeschäfte	186
b)	Put Optionen als mindestpreisrelevante Vereinbarungen	189
aa)	1. Ansicht: Put Optionen unterfallen nicht § 31 Abs. 6 S. 1 WpÜG	190
bb)	2. Ansicht: Put Optionen können § 31 Abs. 6 S. 1 WpÜG unterfallen	190
cc)	3. Ansicht: Put Optionen unterfallen § 31 Abs. 6 S. 1 WpÜG	191
dd)	LG Frankfurt a.M., Urt. v. 21. März 2019	192
	(1) Sachverhaltsdarstellung	192
	(2) Klägerisches Vorbringen	192
	(3) Entscheidung des LG Frankfurt a.M.	193
ee)	OLG Frankfurt a.M., Urt. v. 7. Juli 2020	194
ff)	Stellungnahme	194
gg)	Ein Blick über die Landesgrenze	196
	(1) Österreich	196
	(2) Schweiz	197
	(3) Vereinigtes Königreich	198
2.	Zwischenergebnis	199
II.	Anwendbarkeit von § 31 Abs. 6 WpÜG i.V.m. § 4 WpÜG-AV im Rahmen von aktienrechtlichen Strukturmaßnahmen	200
1.	Keine Berücksichtigung von Vorerwerben und Paketzuschlägen bei § 305 AktG	200
2.	Berücksichtigung von Vorerwerben und Paketzuschlägen bei § 305 AktG	202
3.	Stellungnahme	203
D.	<i>Mindestpreisrelevanz von derivativ erworbenen Wandelschuldverschreibungen</i>	205
I.	Bedeutung von Wandelschuldverschreibungen bei Unternehmensübernahmen	205
1.	Wandelschuldverschreibungen	205
2.	Einsatz und Relevanz von Wandelschuldverschreibungen bei Unter- nehmensübernahmen	209
a)	Abwehrfunktion	210
b)	Akquisitionsfinanzierung	212
c)	Beteiligungsaufbau	213
3.	Sollte sich ein Übernahme- oder Pflichtangebot auch an Inhaber von Wandelschuldverschreibungen richten?	214
a)	Argumente für die Einbeziehung	215
b)	Argumente gegen die Einbeziehung	216
c)	Stellungnahme	217

II.	Derivativ erworbene Wandelschuldverschreibungen und ihre Subsumtion unter § 31 Abs. 6 S. 1 WpÜG . . . . .	218
1.	Abgrenzung von originärem und derivativem Erwerb von Wandelschuldverschreibungen . . . . .	218
a)	Originärer Erwerb von Wandelschuldverschreibungen . . . . .	218
b)	Derivativer Erwerb von Wandelschuldverschreibungen . . . . .	220
2.	Übernahme der Celesio AG . . . . .	220
3.	Ansichten in der Literatur vor der Celesio-Übernahme . . . . .	221
a)	Derivativer Erwerb von Wandelschuldverschreibungen unterfällt nicht § 31 Abs. 6 S. 1 WpÜG . . . . .	221
b)	Derivativer Erwerb von Wandelschuldverschreibungen unterfällt § 31 Abs. 6 S. 1 WpÜG . . . . .	221
4.	Entscheidung der BaFin . . . . .	221
5.	Entscheidungen der Rechtsprechung – Prozessgeschichte der Celesio-Übernahme . . . . .	222
a)	LG Frankfurt a.M. . . . .	223
aa)	Grammatische Auslegung . . . . .	223
bb)	Systematische Auslegung . . . . .	223
cc)	Historische Auslegung . . . . .	224
dd)	Teleologische Auslegung . . . . .	225
ee)	Zwischenergebnis . . . . .	225
b)	OLG Frankfurt a.M. . . . .	226
aa)	Grammatische Auslegung . . . . .	226
bb)	Systematische Auslegung . . . . .	226
cc)	Teleologische Auslegung . . . . .	226
dd)	Zwischenergebnis . . . . .	227
c)	BGH . . . . .	227
aa)	Grammatische Auslegung . . . . .	227
bb)	Systematische Auslegung . . . . .	228
cc)	Historische Auslegung . . . . .	228
dd)	Teleologische Auslegung . . . . .	229
	(1) Preisliche Selbstbindung durch den Bieter . . . . .	229
	(2) Kein Verstoß gegen die Sicherstellung eines verlässlichen Rechtsrahmens . . . . .	230
ee)	Zwischenergebnis . . . . .	231
6.	Reaktionen in der Literatur . . . . .	231
a)	Derivativer Erwerb von Wandelschuldverschreibungen unterfällt § 31 Abs. 6 S. 1 WpÜG . . . . .	231
b)	Derivativer Erwerb von Wandelschuldverschreibungen unterfällt nicht § 31 Abs. 6 S. 1 WpÜG . . . . .	232
aa)	Wortlautargument . . . . .	233
bb)	Kein allgemeiner Umgehungsschutz . . . . .	234
cc)	Vereinbarungen, die den Aktienerwerb ermöglichen . . . . .	235
dd)	Herstellung von Rechtssicherheit . . . . .	236
ee)	»Im zeitlichen Zusammenhang mit dem Übernahmeangebot« . . . . .	237
E.	<i>Stellungnahme</i> . . . . .	238
I.	Rückschau: Auslegungsleitende Funktion und sachlicher Anwendungsbereich des § 3 Abs. 1 WpÜG . . . . .	239

II.	Verstoß gegen § 3 Abs. 1 WpÜG	239
1.	Befund des BGH: Keine Gleichstellung von Aktien und Wandelschuldverschreibungen auf Aktien	239
2.	Eigener Befund: Preisliche Gleichstellung von Aktien und Wandelschuldverschreibungen auf Aktien der Zielgesellschaft	240
3.	Gattungsübergreifende Preisfestsetzung bei § 31 Abs. 6 S. 1 WpÜG immanent?	242
4.	Fazit	244
5.	Rechtfertigungsbedürftige Ungleichbehandlung	244
a)	Grundsatz: Verhinderung von Fehlallokationen am Markt für Unternehmenskontrolle	245
aa)	Positive Befunde von Verkaufsdruck in der Praxis	245
bb)	Anders: Übernahme der Celesio AG	246
b)	Faire Angebotsbedingungen	247
III.	Praktische Folgen der Entscheidung des BGH	249
IV.	Fazit	251
F.	Schlussfolgerungen	251
<b>§ 8</b>	<b>Die mindestpreisrelevante Gegenleistung</b>	<b>253</b>
A.	Berechnung der mindestpreisrelevanten Gegenleistung bei § 31 Abs. 6 S. 1 WpÜG	253
I.	Ökonomische Bewertung von Call Optionen und Wandelschuldverschreibungen	255
1.	Call Optionen	255
2.	Wandelschuldverschreibungen	257
II.	Mindestpreisrelevante Gegenleistung bei § 31 Abs. 6 S. 1 WpÜG – Bestandsaufnahme der Meinungsentwicklung	258
1.	Ökonomische Perspektive: Abzug des time value	258
2.	Normative Perspektive: Kein Abzug des time value	259
3.	Ausübungspreis	260
4.	Entscheidungen der Rechtsprechung in der Celesio-Übernahme	260
5.	Nachlese in der Literatur	261
III.	Rechtsvergleichende Rundschau	263
1.	Schweiz	263
a)	1. Konstellation: Erwerb von Call Optionen innerhalb der Referenzzeiträume	263
b)	2. Konstellation: Erwerb von Call Optionen außerhalb der Referenzzeiträume bei gleichzeitiger Ausübung des Erwerbsrechts innerhalb der Referenzzeiträume	264
c)	3. Konstellation: Optionserwerb als indirekter Aktienerwerb	265
2.	Österreich	267
3.	Vereinigtes Königreich	267
B.	Stellungnahme	269
I.	Parallelschauplatz: § 71 Abs. 1 Nr. 7 S. 2 Hs. 2, Nr. 8 AktG	269
II.	Mindestpreisrelevante Gegenleistungsbestimmung bei § 31 Abs. 6 S. 1 WpÜG mithilfe von § 3 Abs. 1 WpÜG	270

---

<i>C. Schlussfolgerungen</i> .....	273
<b>§ 9 Schlussbetrachtung</b> .....	275
<i>A. Zusammenfassung der wesentlichen Untersuchungsergebnisse</i> .....	275
<i>B. Ein Blick nach vorne</i> .....	281
<b>Anhang: Verzeichnis ausländischer Rechtsvorschriften</b> .....	283
<i>Österreichische Rechtsvorschriften</i> .....	283
<i>Schweizerische Rechtsvorschriften</i> .....	284
<i>Britische Rechtsvorschriften</i> .....	287
<b>Abkürzungen</b> .....	291
<b>Literatur</b> .....	297
<b>Sachregister</b> .....	361